ANTRAG

			Vorlage-Nr.: A 15/0023
SPD-Fraktion			**Datum: 20.01.2015**
Bearb.:	**Steinhau-Kühl, Nicolai**	**Tel.:040 - 899 83 535**	**öffentlich**
Az.:			

Beratungsfolge	**Sitzungstermin**	**Zuständigkeit**
Stadtwerkeausschuss	**28.01.2015**	**Entscheidung**

Einführung von Prepaid-Stromzählern durch die Stadtwerke Norderstedt

Beschlussvorschlag

Die Werkleitung wird gebeten, die Einführung von Prepaid-Zählern voran zu bringen.
In einem ersten Schritt sind die Notunterkünfte am Langenharmer Weg als Pilot-Projekt damit auszustatten.
Drüber hinaus ist die Einführung weiterer Prepaid-Zähler offensiv zu bewerben und auf Kundenwusch einzubauen.

Sachverhalt

Nach dem Koalitionsvertrag der CDU/CSU/SPD Bundesregierung ist die Ausstattung mit Prepaidzählern voran zu bringen.

Viele Stadtwerke und Energieversorger nutzen bereits die Möglichkeit. Insbesondere aber im europäischen Ausland ist eine intensive Nutzung vorhanden. Sie haben sich also im Alltag bereits bewährt.

Hintergrund für die Ausstattung mit Prepaid-Stromzählern ist, dass Menschen mit geringem oder nicht regelmäßigem Einkommen von Stromsperren nicht oder wesentlich weniger betroffen werden.
Das Einrichten einer Stromsperre und wieder aktivieren der Stromversorgung schlägt jeweils mit ca. 100 € zu Buche. Diese Kosten sind von den Kunden zu tragen.
Dadurch geraten diese Menschen weiter in eine Schuldenspirale hinein und in vielen Fällen auch nicht wieder heraus.

Darüber hinaus wird durch die Prepaid Zähler der Stromverbrauch transparenter und es eröffnen sich auch Einsparmöglichkeiten, die diese Menschen zu einem sinnvolleren und für sie auch sparsameren Umgang mit Energie nutzen können.

Sicherlich sind diese Zähler teurer in der Anschaffung, aber diese sinnvollen Mehrkosten sollten im Zeichen eines mitmenschliche Umganges ausgegeben werden, da der Abwärtssog in eine Schuldenspirale, an deren Ende der Bezug von „Sozialhilfe bzw. Offenbarungseid“ stehen können, unterbrochen wird.

Sachbearbeiter/in	Fachbereichs-leiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeister

Auch die Stadtwerke sollten davon profitieren, da viele sinnlose Mahnverfahren erst gar nicht durchgeführt werden müssen.

Bei Außenständen von jährlich 200.000 € bis 300.000 € kann sicherlich ein nicht geringer Betrag auf diesem Wege wieder eingenommen werden. Dadurch können die Mehrkosten sicherlich in absehbarer Zeit wieder gedeckt werden.